

Ein deutscher Aufstand

Vor 50 Jahren beehrten über eine Million Menschen gegen die SED-Diktatur auf. Für ihren Mut werden die Aufständischen heute gefeiert. Weil die DDR-Bürger überwiegend friedfertig blieben, konnten die Sowjets die Rebellion leicht niederschlagen.



Sowjetpanzer auf der Leipziger Straße in Ost-Berlin: „Jetzt ist der Spuk sehr schnell vorbei“

Es war der 15. Juni 1953. Die Delegation der streikenden Arbeiter parkte den kleinen Lieferwagen ordnungsgemäß vor dem Haus der Ministerien in Berlin-Mitte. Dann ließen sich die Männer in der Auskunftsstelle des Haupteingangs widerspruchslos darüber belehren, dass sie sich an einen Nebeneingang zu begeben hätten. Und sie wurden auch nicht ungeduldig, als an Stelle von Otto Grotewohl (die Pförtnerin: „Der Herr Ministerpräsident ist nicht im Haus“) ein Referent zum Gespräch in den zweiten Stock bat.

Nur in Deutschland können Aufstände so beginnen.

Das Treffen zwischen dem Anzugträger, an dessen Revers das SED-Parteiabzeichen

prangte, und den vier Männern mit den schwierigen Händen verlief „freundschaftlich“; darüber waren sich Delegationsleiter Max Fettling, 46, und Grotewohl-Referent Kurt Ambrée, 27, hinterher einig.

Fettling, ein ungelernter Arbeiter, der im Jahr zuvor zum Gewerkschaftsfunktionär aufgestiegen war, übergab einen Brief, in dem die 300 Maurer, Zimmerleute und Gerüstbauer der Baustelle Krankenhaus Berlin-Friedrichshain forderten, dass bis zum Mittag des nächsten Tages die gerade verhängten Lohnkürzungen zurückgenommen werden. Staatsvertreter Ambrée, ein studierter Finanzfachmann, zeigte Verständnis und versprach, sich darum zu kümmern. Nach anderthalb Stunden

fuhren die Männer im Drillichzeug frohgemut ab. Am nächsten Tag wollten sie wiederkommen und die Antwort entgegennehmen.

Doch die DDR war kein Staat, in der ein Ministerpräsident und seine Mitarbeiter etwas entscheiden durften. „Es muss demokratisch aussehen, aber wir müssen alles in der Hand behalten“, hatte SED-Chef Walter Ulbricht gleich nach Kriegsende das ungeschriebene Grundgesetz seiner Diktatur verkündet. Und so befand nicht Regierungschef Grotewohl über das Begehren der Bauarbeiter, sondern der gelernte Elektriker Bruno Baum. In der Bezirksleitung der SED war Baum zuständig für Wirtschaftsfragen – und der eisenharte Alt-



ULSTEIN BILDERDIENST



JÜRGENS OST + EUROPA PHOTO

Diktator Ulbricht (1968)
Kalter Apparatschik

kommunist, der Stalins Säuberungen und Hitlers Auschwitz überlebt hatte, traf an diesem Montagnachmittag die politische Fehlentscheidung seines Lebens.

Bei dem Brief, verkündete er, handele es sich „um eine größere, offenbar von West-Berlin gelenkte Aktion“. Man dürfe „auf keinen Fall klein beigeben“. Geschulte Agitatoren sollten am nächsten Morgen den Männern erklären, dass die Lohnkürzungen unumgänglich seien, um den Sozialismus aufzubauen.

Und so geschah es.

Kurz darauf brach der Sturm los. Zuerst gingen empörte Bauarbeiter in Berlin auf die Straßen. Dann, am 17. Juni, der dem Ereignis seinen Namen gab, loderte das Feuer der Revolution in der ganzen DDR.

Über eine Million Menschen in gut 700 Städten und Dörfern protestierten eine knappe Woche lang gegen die SED-Diktatur. Sie demonstrierten auf Straßen und Plätzen, streikten in über tausend Betrieben und Genossenschaften, besetzten SED-Büros und stürmten Gefängnisse.

Der Aufstand zählt, so der Berliner Historiker Ilko-Sascha Kowalczyk, „zu den großen demokratischen Bewegungen der deutschen Geschichte“.

Die Rebellen widerlegten sogar das viel zitierte Bonmot Stalins, Arbeiter würden sich hier zu Lande erst eine Bahnsteigkarte kaufen, bevor sie den Bahnhof stürmten. Am 17. Juni um 10.30 Uhr notierte ein SED-Funktionär verwundert, dass Stahlwerker aus Hennigsdorf die Sperren auf dem Bahnhof Heiligensee tatsächlich „ohne Fahrkarten durchbrochen“ hätten und in zwei Zügen nach Berlin zur Demonstration gefahren seien.

Das Politbüro der SED floh schließlich vor dem eigenen Volk in die Obhut der sowjetischen Truppen. Nicht einmal die Genossen zweifelten daran, dass sie den Fortbestand der DDR am Ende nur Generaloberst Andrej Gretschko verdankten, dem Oberkommandierenden von sechs Armeen mit einer halben Million Sowjetsoldaten.

Der ukrainische Bauernsohn verhängte in 167 der 217 Land- und Stadtkreise der DDR den Ausnahmezustand. 600 sowjetische Panzer rollten allein durch Berlin – mit einigen Tanks weniger hatten 1942 Hitler und Mussolinis Truppen fast ganz Nordafrika erobert. Gretschko ließ 18 Rebellen standrechtlich erschießen. Insgesamt starben nach neuesten Forschungen 60 bis 80 Demonstranten. Über 13 000 Aufrührer wurden verhaftet, erst 1968 kam der letzte von ihnen frei.

Für die SED beendete der Aufstand jegliche Hoffnung auf ein sozialistisches Gesamtdeutschland. Die Staatspartei musste den Spitzel- und Unterdrückungsapparat ins Gigantische ausbauen und schließlich sogar eine Mauer errichten, um ihre Herrschaft zu sichern. Die Angst vor einer er-

neuten Rebellion blieb. Als im Sommer 1989 die Menschen wieder unruhig wurden, dachte Erich Mielke, Minister für Staatssicherheit, sogleich an 1953: „Ist es so, dass morgen der 17. Juni ausbricht?“, fragte er Ende August vor seinen Generälen.

Im Westen wurden die Revoluzzer für ihren Mut gerühmt. Der Bundestag erklärte den 17. Juni zum Feiertag. Millionen Menschen stellten fortan zu diesem Datum brennende Kerzen ins Fenster.

In Hitlers langem Schatten bot die Erhebung gegen die SED-Diktatur willkommene Entlastung. Endlich einmal hatten die Deutschen aufbegehrt. Das sei, erklärte der Historiker Theodor Schieder vor dem Bundestag 1964, der „Tag unserer geschichtlichen Rehabilitation“.

Von diesem apologetisch eingefärbten Freiheitspathos ist später nicht viel geblie-

Im Land der Lichterketten werden couragierte kleine Leute neuerdings als Vorbilder verehrt und gefeiert.

ben; der 17. Juni verflachte zum gedenkenlosen Bundesausflugstag. Helmut Kohl setzte 1990 ohne Schwierigkeiten durch, dass fortan der 3. Oktober als Tag der Einheit begangen wird. Danach ist der Aufstand fast gänzlich aus dem öffentlichen Bewusstsein verschwunden – bis zu diesem Frühjahr. Denn zum 50. Jahrestag wird die gescheiterte Revolution in einem Ausmaß gefeiert wie kein anderes historisches Ereignis im letzten Jahrzehnt.

Über 600 Veranstaltungen, darunter allein 75 Ausstellungen, hat die Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur gezählt. Bundestag und Länderparlamente, Universitäten und Schulen, Landräte oder Gedenkstätten beteiligen sich an dem Erinnerungsrummel. Rund 30 neue Bücher machen die Revolte zum wohl besterforschten Ereignis deutscher Nachkriegsgeschichte.

Es gibt Theatervorführungen und Filmpräsentationen. Die Berliner Verkehrsbetriebe lassen Doppeldecker-Busse mit den Kampfpaparen von damals durch die Stadt rollen. In Niesky bei Görlitz, im niedersächsischen Papenburg-Aschendorf oder im bayerischen Bad Staffelstein – überall locken Vorträge oder Feierstunden.

13 Jahre nach der Einheit ringen die Deutschen um ein Geschichtsbild, das zu der erweiterten Bundesrepublik passt. Und seitdem im Land der Lichterketten Zivilcourage zur Bürgertugend schlechthin ausgerufen wurde, stehen Helden von nebenan so hoch im Kurs wie nie zuvor.

Ob Hitler-Attentäter Georg Elser oder die stillen Retter, die jüdische Deutsche vor den Nazis schützten – couragierte kleine Leute werden neuerdings als Vorbilder verehrt und gefeiert. Anstand und Haltung, so die unterschwellige Botschaft, könne jeder zeigen. Wie die Namenlosen vom 17. Juni.

Bundespräsident Johannes Rau rühmte kürzlich deren „Mut und Freiheitsliebe“

als beispielgebend; in zahlreichen Städten sollen nun Straßen nach dem Tag des Aufstands benannt werden; schon fordern ehemalige Bürgerrechtler wie Ehrhart Neubert (CDU), den 17. Juni wieder als Feiertag zu begehen.

Allerdings ist der Aufstand nicht nur Beleg für Widerstandsgeist und Freiheitsliebe, er verweist auch auf ein anderes Vermächtnis teutonischer Historie, das im allgemeinen Jubel unterzugehen droht: die Machtvergessenheit deutscher Revolutionäre.

Einen Aufstand erfolgreich durchzuführen, hat schon Friedrich Engels gelehrt, ist „eine Kunst genau wie der Krieg“ – östlich der Elbe beherrschte sie kaum jemand. Die Revoluzzer zerstörten zwar die Symbole des verhassten Regimes: die riesigen Propagandaplakate oder die roten Fahnen. Aber sie bildeten keine Gegenregierung. Die von der SED so gefürchtete Bewaffnung der Aufständischen blieb aus.

In Leipzig zeršlugen diese vielmehr die erbeuteten Karabiner am Rinnstein, in Bitterfeld stellten die Streikenden Wachposten vor die Waffenkammer der Polizeistation, damit niemand die Schießgeräte nutzte. Auf maximal 15 Tote schätzen Experten die Zahl der Toten, welche die DDR-Staatsmacht am Ende zu beklagen hatte.

Was hatten die Genossen gebangt, als es auf einmal losging. Von Lenin wussten sie, dass manche Ziele während eines Aufstands „um den Preis noch so großer Verluste behauptet werden“ müssen, vorweg die Schaltstellen der Kommunikation.

Im Haupttelegrafenturm in Ost-Berlin verbarrikadierten Einheitssozialisten deshalb die Fenster mit Stahlplatten und Scheurengittern. Sie legten Feuerwehrschräuche aus, um mit dem Wasserstrahl Demonstranten abwehren zu können. So genannte fortschrittliche Kollegen erörterten, was im Fall eines Angriffs zu tun sei.

Aber der trat nicht ein. Die größte Gefahr für das Fernmeldewesen, heißt es in einem SED-Bericht vom 22. Juni, sei von den starken Regenfällen ausgegangen.

Der Aufstand kam für alle überraschend – auch für die Gegner des SED-Regimes. Die Folge: Die Aufbegehrenden hatten weder eine Führung noch eine Strategie. Selten ist es der Sowjetunion so leicht gefallen, eine Erhebung in ihrem Imperium niederzuschlagen wie in der DDR 1953.

Allerdings erwies sich die Machtvergessenheit der Auführer im Nachhinein als eine List der Geschichte, die den Menschen einen höheren Blutzoll ersparte. Denn Moskau, das ist gewiss, hätte damals unter keinen Umständen einen Regimewechsel im Zentrum Europas hingenommen. Und so verlief die Strafaktion der Russen vergleichsweise moderat. Als 1956 in Ungarn eine gut vorbereitete Opposition gegen die sowjetischen Besatzer aufbegehrte, starben Tausende in Straßenkämpfen; 300 Ungarn wurden hingerichtet.

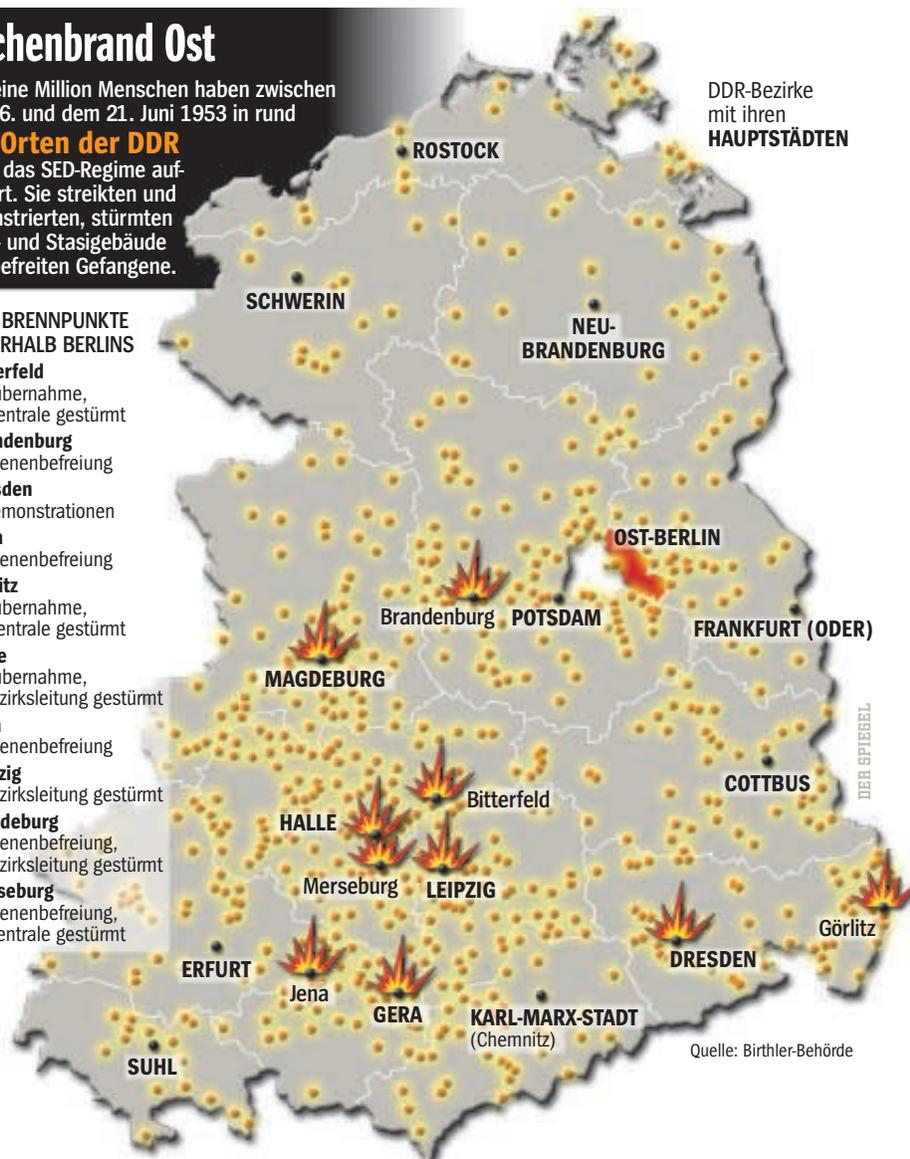
Flächenbrand Ost

Über eine Million Menschen haben zwischen dem 16. und dem 21. Juni 1953 in rund

700 Orten der DDR gegen das SED-Regime aufbegehrt. Sie streikten und demonstrierten, stürmten Partei- und Stasigebäude oder befreiten Gefangene.

BRENNPUNKTE AUSSERHALB BERLINS

- ▶ **Bitterfeld**
Machtübernahme, Stasi-Zentrale gestürmt
- ▶ **Brandenburg**
Gefangenenbefreiung
- ▶ **Dresden**
Großdemonstrationen
- ▶ **Gera**
Gefangenenbefreiung
- ▶ **Görlitz**
Machtübernahme, Stasi-Zentrale gestürmt
- ▶ **Halle**
Machtübernahme, SED-Bezirksleitung gestürmt
- ▶ **Jena**
Gefangenenbefreiung
- ▶ **Leipzig**
SED-Bezirksleitung gestürmt
- ▶ **Magdeburg**
Gefangenenbefreiung, SED-Bezirksleitung gestürmt
- ▶ **Merseburg**
Gefangenenbefreiung, Stasi-Zentrale gestürmt



DDR-Bezirke mit ihren HAUPTSTÄDTEN

DER SPIEGEL

Quelle: Birtler-Behörde

Der Weg in den Aufstand beginnt im Sommer 1952. Walter Ulbricht, ein gelernter Tischler aus Leipzig, verkündet auf Geheiß Stalins den „Aufbau des Sozialismus“ in der DDR. Die Folgen sind katastrophal.

Die rücksichtslose Förderung der Schwerindustrie, die Kollektivierung der Landwirtschaft und die Aufrüstung der Kasernierten Volkspolizei, Vorläufer der Nationalen Volksarmee, bringen die schwachbrüstige DDR-Wirtschaft an den Rand des Ruins. Während in der Bundesrepublik schon Jahre zuvor Lebensmittelkarten abgeschafft worden sind, müssen die Ostdeutschen für Wurst, Zucker oder Butter weiterhin Bezugsscheine vorlegen.

Doch wer die SED-Politik in Zweifel zieht, riskiert es, in den fensterlosen Kellern des Stasi-Gefängnisses Berlin-Hohenschönhausen zu verschwinden.

„Verschärfung des Klassenkampfes“ nennt Ulbricht die Welle von Verhaftungen, die durch den SED-Staat rollt. 180 000 Ostdeutsche verlassen 1952 das Land, allein in der ersten Jahreshälfte 1953 sind es schon 226 000.

Doch am 5. März 1953 stirbt Stalin, und nun bestätigt sich die alte Regel, dass Diktaturen nicht etwa gefährdet sind, wenn sie den Druck auf das Volk erhöhen, sondern wenn sie liberalisieren – und das muss Ulbricht.

Denn die neuen Kreml-Herren Lawrentij Berija und Georgij Malenkov

Leichnam Stalins (1953)
Kurskorrektur nach dem Tod





Streikende Bauarbeiter*, Propagandaplakat: Darben für den Sozialismus

fürchten, die inneren Spannungen könnten ihren ostdeutschen Satelliten zerreißen: „Wenn wir jetzt nicht korrigieren, kommt eine Katastrophe.“ Fast alles, was Ulbricht im Jahr zuvor angeschoben hat, muss er revidieren. Am 11. Juni verkündet das „Neue Deutschland“ die Kehrtwende: Bauern sollen ihr Land zurückbekommen, Häftlinge amnestiert, der Mittelstand soll gefördert werden. Von „Fehlern der SED und der Regierung der DDR“ ist in der Parteizeitung die Rede – unter Stalin undenkbar.

Der von den Moskauer Diktatoren erwartete Effekt bleibt freilich aus. Die Ostdeutschen danken nicht etwa untertänig für die Wende zum Stalinismus light, sondern hoffen auf ein Ende des Regimes.

Aus Wendemark im Kreis Seehausen bei Wittenberge meldet noch am gleichen Abend ein SED-Mitglied: „Das gesamte Dorf ist in der Gastwirtschaft betrunken und trinkt auf das Wohl von Adenauer.“ In der LPG Leppin im gleichen Kreis verweigern die Genossenschaftsbauern die Arbeit: „Der Ami kommt doch bald.“

Bis heute ist ungeklärt, warum Berija und Malenkow ausgerechnet die Arbeiter von den Segnungen des neuen Kurses ausnehmen – und damit die Lunte für den Aufstand am 17. Juni legen.

Denn wie bislang streng geheime Berichte aus dem Archiv des KGB-Nachfolgers FSB in Moskau zeigen, die Archivleiter Generalmajor Wassilij Christoforow dem SPIEGEL zugänglich machte, ist die sowjetische Führung über die Unzufriedenheit der deutschen Malocher durchaus informiert. Schon Ende Mai melden die Geheimen kurzfristige Streiks in Leipzig oder Finsterwalde.

Und das Grummeln wird immer lauter. Um die Arbeitsproduktivität zu erhöhen, hat Ulbricht nämlich eine Steigerung der Normen um zehn Prozent durchgesetzt. Diese und andere Maßnahmen haben

drastische Lohneinbußen zur Folge. Dreimal im Monat werden die Lohntüten ausgegeben; am Freitag, dem 12. Juni, erhalten die Berliner Bauarbeiter erstmals den reduzierten Satz.

Berlin, Dienstag, 16. Juni 1953, gegen 7 Uhr morgens, Baustelle Krankenhaus Friedrichshain:

Nur die Lehrlinge arbeiten; in den Bau-buden herrscht Kampfesstimmung. Die Zeitung „Tribüne“ der staatlichen Gewerkschaft FDGB hat einen Kommentar mit dem Satz veröffentlicht: „Jawohl, die Beschlüsse über die Erhöhung der Normen sind in vollem Umfang richtig.“ Für die Bauarbeiter klingt das wie eine Antwort auf den Brief, den ihre Delegation unter Führung des Kollegen Fetting am Vortag im Haus der Ministerien abgegeben hat.

Unter den Unzufriedenen sind auch zwei Abgesandte von der Baustelle für Block 40, einem gigantischen Wohnkomplex direkt an der Stalin-Allee. An der geplanten Prachtstraße, Sinnbild der neuen Zeit, reihen sich Großbaustellen aneinander. Viele Männer, die hier arbeiten, sind auf Montage und für die SED schwer zu disziplinieren.

Irgendwann an diesem Morgen lässt der Direktor des Krankenhauses das große Tor zur Baustelle schließen, offenbar ohne böse Absicht. Doch die beiden Abgesandten von Block 40 müssen über den Zaun steigen, um zurückkehren zu können. In der Stalin-Allee verbreitet sich die Nachricht: „Unsere Kollegen kommen nicht raus. Wir müssen sie rausholen.“

Um 10.25 Uhr meldet die Volkspolizei bereits 700 marschierende Bauarbeiter. In der Polizeizentrale, notiert später ein Oberkommissar, herrscht „das große Rätselraten“. Der Aufstand der Arbeiterklasse gegen deren selbst ernannte Vorhut ist im Marxismus-Leninismus nicht vorgesehen.

An jedem der vielen Bauplätze, die sie passieren, skandieren die Demonstranten

lautstark: „Kollegen, reiht euch ein, wir wollen freie Menschen sein!“

Professor Robert Havemann, später Dissident, damals noch linientreuer Genosse, sitzt in seiner Wohnung im siebten Stock, Strausberger Platz Nummer 9, beim späten Frühstück. Auf einmal dringen „ungewohnte Geräusche“ nach oben. Der kräftige Mann schaut aus dem Fenster: „Es war ein aufregendes Bild. Von allen Seiten kamen sie angerannt in ihrer Arbeitskleidung, angezogen wie Eisensplitter von einem Magneten.“

Als die Bauleute den Alexanderplatz erreichen, sind sie längst nicht mehr unter sich. Passanten schließen sich an, aus Büros und Läden strömen Menschen, Straßenbahnen bleiben stehen, und die Fahrgäste laufen mit. „Mehr Lohn statt Hohn“ oder „Runter mit den Normen“, schallt es in Sprechchören über die Trümmerhaufen der zerstörten einstigen Reichshauptstadt.

Vor dem Haus der Ministerien ist der Zug bereits auf

10 000 Menschen angeschwollen. Sie drängen sich um das mächtige Gebäude, in dem einst Hitlers Adlatus Hermann Göring residierte. Bald skandiert die Menge: „Wir wollen Otto Grotewohl hören.“

Aber Grotewohl ist zum Glaspalast gefahren, so nennen die Berliner das große Gebäude des ZK. Dort tagt wie jeden Dienstag das Politbüro.

Den ersten ängstlichen Anruf aus Grotewohls Büro im belagerten Haus der Ministerien blockt noch die Sekretärin des obersten Parteigremiums ab: „Ist denn im ganzen Haus der Ministerien kein handfester Jenosse, der mal so'n paar Männecken berujen kann?“

Dann lassen einige Funktionäre der Berliner SED ihren Chef Hans Jendretzky, genannt der schöne Hans, aus der Politbürositzung rufen. Die Normen sollen sofort gesenkt werden. Jendretzky und andere machen sich das zu Eigen, Ulbricht muss nachgeben.

Noch ist die Frist nicht um, welche die Bauarbeiter von der Baustelle Krankenhaus Friedrichshain am Vortag in ihrem Brief gesetzt hatten. Und dennoch kommt das Zugeständnis viel zu spät.

Gegen 14 Uhr klettert Heinz Brandt, Holocaust-Überlebender und in der SED-Berlin zuständig für Agitation, vor dem Haus der Ministerien auf einen Tisch. Er ruft: „Ich habe den Auftrag, euch einen wichtigen Beschluss des Politbüros mitzuteilen, die zehnprozentige Normerhöhung ist aufgehoben.“

Antwort: „Das wollen wir von der Regierung, das wollen wir von Walter Ulbricht selber hören.“

Und dann lautes Rufen:

* In der Berliner Stalin-Allee am 16. Juni 1953.



Brennender Pavillon in Leipzig, Genossen Semjonow, Grotewohl, Demonstranten in Görlitz: „Auf dem Territorium der Republik sind massenhafte

„Weg mit der Regierung!“

Fritz Selbmann, Minister für Hüttenwesen und Bergbau, ein gelernter Bergmann, dem die proletarische Herkunft noch anzusehen ist, traut sich schließlich vor die Tür des Regierungsgebäudes. „Liebe Kollegen“, beginnt er und wird schon unterbrochen: „Du bist nicht unser Kollege – du bist ein Lump und Verräter.“

„Ich bin auch Arbeiter.“

„Das hast du aber längst vergessen.“

Einer der Demonstranten zieht Selbmann vom Tisch. Der Minister tritt schnell den Rückzug an.

Einige hundert Meter weiter, am strategisch wichtigen Ministerium für Post- und Fernmeldewesen, haben sich Einheitssozialisten bereits mit Knüppeln postiert. Im Sekretariat liegen zwei Kleinkaliber-Gewehre bereit.

Die Genossen sind besorgt, Trümmerberge vor den großen Fenstern machen einen Einstieg leicht – aber es passiert nichts. Niemand versucht, das Gebäude zu stürmen, niemand drängt zum ZK, wo Ulbricht und Co. immer noch tagen, niemand greift nach der Macht – das wird vertagt auf den nächsten Morgen.

Um 14.15 Uhr, berichtet der Historiker Hubertus Knabe in seiner detaillierten Darstellung*, steigt der Bauarbeiter Horst Schlafke von der Baustelle Block C Süd auf den Tisch vor dem Haus der Ministerien und ruft: „Wenn Ulbricht oder Grotewohl nicht in einer halben Stunde hier sind, dann marschieren wir durch die Straßen und rufen zum Generalstreik auf.“

Irgendjemand gibt die Parole aus, alle sollten sich am 17. Juni um 7 Uhr früh auf dem Strausberger Platz versammeln. So verbreiten es die Demonstranten, als sie schließlich am Nachmittag vom Haus der Ministerien zurück zur Stalin-Allee laufen. So verbreitet es – fast immer in verklausulierter Form – auch der Rundfunk im ame-

rikanischen Sektor (Rias), den nach einer CIA-Schätzung mehr als zwei Drittel aller ostdeutschen Haushalte regelmäßig hören. Die Amerikaner kontrollieren den Sender und fürchten Ärger mit den Sowjets, daher wollen sie das Wort „Generalstreik“ lieber nicht senden lassen.

Generalstreik – so etwas hatte es im Osten Deutschlands zuletzt 1920 gegeben. Damals stärkten Millionen Menschen der demokratisch gewählten Regierung den Rücken gegen rechtsradikale Putschisten. Nun geht es darum, eine Diktatur zu zer schlagen.

Schon am Nachmittag hat der Ost-Berliner Polizeichef Waldemar Schmidt (SED) ein scharfes Durchgreifen gefordert, doch Wladimir Semjonow, sowjetischer Hochkommissar und damit mächtigster Mann in der DDR, lehnte ab. In der Nacht drän-

Das Blut läuft über das Gesicht, ein Auge schwillt zu. Immer wieder rufen Leute: „Hängt ihn auf!“

gen allerdings auch Ulbricht, Grotewohl und Stasi-Minister Wilhelm Zaisser auf brüderliche Hilfe, denn die Meldungen der Volkspolizei alarmieren die Politbürokraten. Ein Auszug:

20.12 Uhr Formierung eines Demonstrationzuges von ca. 1000 Menschen in der Stalin-Allee.

20.35 Uhr Vom Block G Süd Stalin-Allee werden Fahnen und Plakate abgerissen. 20.40 Uhr Arbeitsniederlegung im Fortschrittswerk I.

21.08 Uhr Zwei Demonstrationzüge in Stärke von insgesamt 3000 Personen bewegen sich in (der) Höchststraße Richtung Alexanderplatz.

Auch Semjonow wird nun unruhig. Der Deutschland-Experte präsentiert sich westlichen Besuchern gern als kultivierterer Plauderer und Verehrer Goethes. Jetzt zeigt der glatte Diplomat Härte.

Grotewohl notiert als Resultat der Absprache: „Sowjetische Truppen in Bereitschaft. Vor Einsatz Verständigung mit Pol-

büro. Möglichst alles Polizei – nur im Notfall Truppen.“

Zunächst sollen also die Deutschen in Uniform versuchen, den sich anbahnenden Aufstand niederzuschlagen; die Sowjetarmee bildet die letzte Reserve.

Oberbefehlshaber Grotewohl ordert sofort Truppen aus dem Sommermanöver vor Berlin in die Stadt. Im Morgengrauen rollen die verdreckten T-34-Panzer durch Adlershof und schlagen mit ihren Peitschenantennen gegen die Straßenbahn-Oberleitung; ein Funkenregen geht nieder. In Schöneweide biegen die stählernen Kolosse nach Karlshorst ab.

Auf den anderen Einfallsstraßen nach Ost-Berlin herrscht ebenfalls reger Verkehr. Ulbricht lässt aus Magdeburg und Leipzig Einheiten der Volkspolizei herankarren. Die SED-Führung glaubt tatsächlich, die Revolte würde sich auf die Hauptstadt beschränken – und entblößt die Provinz.

Bis heute hält sich die Legende, der Aufstand am 17. Juni sei fast ausschließlich eine Berliner Angelegenheit gewesen. Tatsächlich sind die Rebellen in Städten wie Bitterfeld, Görlitz oder Halle dem Ziel, die SED zu stürzen, viel näher gekommen als die in der geteilten Millionenmetropole.

Der Polizeichef des Bezirks Halle erhält morgens um 2 Uhr Order, 350 seiner Männer nach Berlin zu schicken; der höchste SED-Funktionär der Stadt macht sich ebenfalls auf den Weg. Die junge Gerda Haak, verantwortlich für Agitation und Propaganda, soll in der SED-Bezirksleitung, dem Zentrum der Macht, die Stellung halten.

In den großen Fabriken der Stadt sind die Meldungen des Rias über die Unruhen in Berlin das einzige Thema: Soll man sich dem Streik anschließen? Um 9.30 Uhr kann der Arbeitsdirektor der Lokomotiv- und Waggonbaufabrik Ammendorf die Leute nicht mehr aufhalten.

Über 2000 Arbeiter strömen in Richtung Innenstadt. Sie rufen „Spitzbart, Bauch und Brille – nicht des Volkes Wille“ oder

* Hubertus Knabe: „17. Juni 1953“. Propyläen Verlag, München; 488 Seiten; 25 Euro.



STADT GÖRLITZ

JÜRGENS OST + EUROPA PHOTO

regierungsfeindliche Aktionen festzustellen“

„Ulbricht, Pieck und Grotewohl machen uns den Magen hohl“.

Es sind ungefähr zehn Kilometer, welche die Demonstranten auf der vierspurigen Magistrale zurücklegen müssen. Ihr Weg führt direkt durch das große Industriegebiet Halles; rasch schwillt der Zug an.

Um 10 Uhr begreift SED-Statthalterin Gerda Haak, dass sie handeln muss. Was tun? Sie ruft im Zentralkomitee in Berlin an. Der zuständige Funktionär verweist sie gleich weiter, dann ist die Leitung tot. Auch der Polizeichef von Halle kann nicht helfen, er hat keine Genehmigung von den Russen.

Um 11.15 Uhr fährt Haak zur sowjetischen Kommandantur und drängt auf einen Einsatz. Aber Moskaus Generälen fehlen ihre Truppen, die sind noch im Sommermanöver. Und ohne ihre Sowjetsoldaten als Rückhalt verweigern sie auch der Volkspolizei den Schießbefehl.

Haak eilt zurück in ihre Bezirksleitung. Davor sammeln sich bereits erste Demonstranten. „Plötzlich hörten wir Lärm und großes Randalieren im Haus. Im Erdgeschoss wurden Scheiben eingeschlagen. Wir waren im Moment völlig ratlos“, notiert die Funktionärin hinterher.

Die Genossen schließen sich in ihren Büros ein. Vergebens versuchen die Hausbesetzer, die Türen einzutreten. Sie plündern die Vertriebsabteilung für Parteiliteratur und werfen Ulbricht-Biografien unter großem Jubel der Menge aus dem Fenster.

Als Volkspolizisten einen der Demonstranten festhalten, reißen die Aufständischen ihnen die Schulterstücke runter und nehmen ihnen die Pistolen ab. Wer sich wehrt, wird von den Arbeitern verprügelt.

So etwas haben die Spitzengenossen der SED immer befürchtet. Wenige Monate vor dem Aufstand hatte jedes Politbüro-Mitglied von der Stasi einen Waffenschein bekommen.

Dabei fehlt es dem SED-Staat nicht an Männern und Schießgerät, um Unzufriedene abzuwehren. Die Machthaber gebieten über 115 000 Volks- und Grenzpolizisten,

sie können 21 000 Betriebsschützer und diverse Sondereinheiten einsetzen oder auf 13 000 Stasi-Mitarbeiter und 113 000 Soldaten von der Kasernierten Volkspolizei zurückgreifen.

Doch die Sicherheitskräfte sind auf den Kampf gegen das eigene Volk kaum vorbereitet – und ohne ausdrücklichen Schießbefehl von oben trauen sich viele unten nicht, das Feuer zu eröffnen. Einige Offiziere verbieten sogar ausdrücklich, auf die Demonstranten zu zielen.

Wie wenig sich manche der jungen Männer in den „bewaffneten Organen“ (SED-Jargon) im Jahre vier nach der DDR-Gründung den ewigen Autoritäten Marx, Engels oder Lenin verpflichtet fühlen, belegt ein Vorfall in Brandenburg. Dort sollen Volkspolizisten ein Polizeigebäude vor aufgebrauchten Demonstranten schützen. Plötzlich tönt es aus der Menge: „Wenn du nicht sofort nach Hause kommst, dann kannst du was erleben.“ Da löst sich ein junger Vopo aus der Absperrkette, übergibt Pistole und Koppel einem Kollegen und wechselt unter dem Beifall der SED-Gegner die Seiten; Muttern sei Dank.

Der Zorn der Aufständischen richtet sich in allen Städten gegen die Symbole der SED-Macht, vor allem die Zuchthäuser.

In Brandenburg sieht der verhasste SED-Richter Harry Benkendorff um kurz nach 10 Uhr die Menschenmassen auf das Gericht zukommen, das neben dem Gefängnis liegt. Die Demonstranten verlangen die Freilassung aller politischen Häftlinge.

Benkendorff und drei Polizisten verschanzten sich und nehmen die Eingangstreppe unter Feuer. Doch die Vertreter des SED-Staats haben pro Pistole nur acht Schuss Munition, und von draußen rufen die Aufständischen: „Kameraden, legt die Waffen nieder, ihr seid sowieso die Letzten, alle anderen haben sich schon ergeben.“ Da lassen Ulbrichts Repräsentanten schließlich fünf der Rebellen hinein.

Gemeinsam schaut Richter Benkendorff mit ihnen die Gefangenenakten durch. Betrüger und Vergewaltiger müssen drin-

nen bleiben, politisch Verfolgte dürfen in die Freiheit.

Szenen wie jene aus Brandenburg, die sich vielerorts ähnlich zutragen, bringen den Aufständischen vom 17. Juni den Ruf ein, wohl die vernünftigsten Revoluzzer der deutschen Geschichte gewesen zu sein.

„Wir wollen als deutsche Arbeiter diszipliniert streiken“ ist die in Dresden von Streikführer Wilhelm Grothaus verbreitete Devise. In Görlitz patrouillieren streikende Arbeiter vor dem Büro des Oberbürgermeisters, damit dieses nicht verwüstet wird.

Rudolf Weber vom Streikkomitee Halle hinterlässt beim Rundfunksender der Stadt ein Schreiben:

Im Namen des Zentralen Streikkomitees ordne ich an, dass sämtliche Immobilien im Gebäude des Rundfunkstudios auf keinen Fall demoliert werden dürfen. Personen, welche sich trotz Hinweis dieser Anordnung irgendeiner Straftat schuldig machen, werden wir aufs Strengste zur Rechenschaft ziehen.

Es fehlt nur der Satz, dass auch das Betreten des Rasens verboten ist.

Vereinzelt sind allerdings auch andere, blutige Vorfälle überliefert. In Brandenburg etwa übernehmen im Gefängnis bald die Streikführer das Kommando, und sie liefern Richter Benkendorff der tobenden Menge aus.

Noch auf dem Justizgelände schlagen ihm Aufständische bereits die Schädelschwarte auf, das Blut läuft über das Gesicht, ein Auge schwillt zu. Nahezu ohnmächtig stolpert der Mann an der Spitze einer johlenden Menge zum Marktplatz. Immer wieder rufen Leute: „Hängt ihn auf, hängt ihn auf!“ Ein Arzt rettet den schwer Verletzten schließlich in seine Wohnung.

Dass die verhasste Staatsmacht in Hunderten Städten zurückweichen muss, spricht sich rasch herum und wird vom Rias übertragen und versetzt die Streikenden in Hochstimmung. Längst ist aus der Arbeiterrevolte ein Volksaufstand geworden. Die Kirchen, viele Intellektuelle und Akademiker sowie natürlich die Ost-CDU, die Ost-Liberalen und die anderen Blockparteien stehen allerdings in Treue fest zur SED. In einem der nun dem SPIEGEL freigegebenen Berichte des sowjetischen Geheimdienstes heißt es:

Auf dem Territorium der Republik sind massenhafte regierungsfeindliche Aktionen festzustellen.

Doch nur in wenigen Orten, so berichtet der Historiker Hans-Peter Löhn, kristallisiert sich aus den Reihen der Aufständischen eine „zentrale Führungsgruppe“ heraus – Voraussetzung für eine nicht nur symbolische Machtübernahme*.

Es sind Männer wie der Besitzer eines Blumengeschäfts und ehemalige Landrat

* Hans-Peter Löhn: „Spitzbart, Bauch und Brille – sind nicht des Volkes Wille“. Edition Temmen, Bremen; 212 Seiten; 10,90 Euro.

Herbert Gohlke oder der Arbeiter Hans Höring, die dafür sorgen, dass Halle zu diesen Ausnahmen gehört. Mit sechs weiteren Demonstranten gründen sie auf dem Hallmarkt, dem zentralen Kundgebungsplatz, ein Streikkomitee. Und da eine Lautsprecheranlage der SED bereitsteht, kann sich jeder von ihnen den Tausenden kurz vorstellen und wird – ganz basisdemokratisch – mit Beifall bestätigt.

Was das Hallenser Streikkomitee nun an Forderungen formuliert, verlangen die Ostdeutschen fast überall: Rücktritt der DDR-Regierung, Senkung der Preise, Entlassung aller politischen Gefangenen und freie Wahlen in ganz Deutschland.

Ob das einem Votum für rheinischen Kapitalismus und Westbindung gleichkommt oder als Plädoyer für ein neutrales Gesamtdeutschland mit Planwirtschaft verstanden werden muss, wie es der westdeutschen SPD vorschwebte, ist bis heute umstritten. Sicher ist: Die Rebellen verlangen vielerorts den Abzug *aller* Besatzungsmächte – also auch der Amerikaner. Und der Ruf, die Großindustrie zu reprivatisieren, wird nirgends laut.

Wohl am weitesten geht die Machtübernahme in Görlitz an der deutsch-polnischen Grenze. Hier leben viele Vertriebene, etliche aus dem Ostteil der Stadt am anderen Ufer der Neiße, der jetzt zu Polen gehört. Innerhalb weniger Stunden besetzen die Aufständischen nicht nur alle wichtigen Gebäude, sondern bilden ein Stadtkomitee. Bis zur Durchführung freier Wahlen soll dieses die laufenden Geschäfte leiten. Um kurz nach 15 Uhr gibt der einstige Sozialdemokrat Max Latt bekannt, dass man nun die SPD neu gründen werde.

„Wenn ich sterbe, werden euch die Imperialisten ersäufen wie einen Wurf junger Katzen.“

Zu diesem Zeitpunkt ist Görlitz eine befreite Stadt. Und während mit jeder Minute die Freude darüber wächst, röhren in vollem Tempo sowjetische Panzer Richtung Neiße, um dem Treiben ein Ende zu bereiten.

In Moskau fürchten Stalins Erben Berija und Malenkow zu dieser Zeit, dass sich eine Prophezeiung des toten Tyrannen nun bewahrheiten könnte. „Wenn ich sterbe“, hatte der Generalissimus vorhergesagt,



Aufständische in Halle: Votum für ein neutrales Gesamtdeutschland?

„werden euch die Imperialisten ersäufen wie einen Wurf junger Katzen.“

Ist dieser Augenblick jetzt gekommen?

Auf dem Strausberger Platz in Berlin drängen sich am 17. Juni bereits morgens um 7 Uhr über 10 000 Demonstranten, wenig später laufen 150 000 Menschen durch Berlin-Mitte. Sie haben kein festes Ziel, keinen Plan, keine Organisation. Sie fluten die Straßen der Stadt, manche randalieren, viele brüllen vor allem die Wut auf das Regime heraus.

Allein der Protestzug aus Köpenick zum Stadtzentrum ist mehrere Kilometer lang. In der Mühlenstraße entdecken die Demonstranten einen Ifa-Wagen mit dem polizeilichen Kennzeichen GB 013 417. An diesem Tag ist das eine gefährliche Buchstabenkombination, denn nur Funktionäre führen „GB“ im Nummernschild.

Das Auto gehört der SED-ergebenen Ost-CDU, drinnen sitzt der Parteivorsitzende und stellvertretende DDR-Ministerpräsident Otto Nuschke. Sein Chauffeur will noch Gas geben, doch einer fasst durch das offene Fenster und zieht den Schlüssel ab.

Über die nahe Oberbaumbrücke schieben die Arbeiter den Wagen in den Westsektor, West-Berliner Polizisten retten Nuschke vor den aufgebracht Menschen in das Polizeirevier 109 in der Köpenicker Straße.

Um 9.15 Uhr stehen am Bahnhof Friedrichstraße und in der Leipziger Straße zwei Kioske in Flammen, bald brennt auch die verhasste Zollbude am Potsdamer Platz, wo Ost-Berliner bei der Rückkehr aus dem Westteil der Stadt gefilzt werden.

Vor dem Haus der Ministerien drängen 25 000 Menschen gegen den Ring, welchen die Vopos um den Vorplatz gelegt haben. Aus der Menge fliegen Steine. Werden sich die SED-Genossen halten können?

Um kurz vor 10 Uhr ruft Semjonow aus Karlshorst im Zentralkomitee an. Dort will gerade das Politbüro eine Krisensitzung beginnen. Der Hochkommissar verlangt von den führenden Einheitssozialisten, sofort zu ihm zu kommen. Er fürchtet um deren Sicherheit.

Der Chefredakteur des „Neuen Deutschland“, Rudolf Herrnstadt, steigt bei Ulbricht ein:

Wir fuhrten in geschlossener Kolonne durch die Straßen, die inzwischen voll von aufgeregten Menschen waren. Einige drangen mit erhobenen Fäusten auf die Wagen ein. Weder Ulbricht noch ich sprachen.

Im ehemaligen Offizierscasino der Pionierschule 1 in Karlshorst, wo am 8. Mai 1945 Generalfeldmarschall Wilhelm Keitel die bedingungslose Kapitulation unterzeichnet hatte, stehen die DDR-Größen dann ratlos herum.

Hochkommissar Semjonow behandelt seine Gäste mit herablassender Ironie. „Rias gibt durch, dass es in der DDR eine Regierung schon nicht mehr gibt“, erklärt er ihnen. „Na, fast stimmt es doch.“

Der Diplomat meldet nach Moskau, dass die Unruhen vom Westen gesteuert seien. Das war, räumt Boris Basanow, ein damaliger Mitarbeiter Semjonows, heute ein, „unsere Erfindung“.

Der westdeutsche Geheimdienst etwa tappt während der Ereignisse vollkommen im Dunkeln. Immer noch hält der BND die Akten seines Vorläufers „Organisation Gehlen“ unter Verschluss.

Doch im Herbst 1953 entführt die Stasi den Berliner Spitzenmann des Dienstes Werner Haase samt Unterlagen. Darunter befindet sich ein Schreiben vom 20. Juni 1953 aus Pullach, das nun Roger Engelmann von der Birtthler-Behörde und Karl Wilhelm Fricke veröffentlicht haben. Darin steht: *Der bisherige Gesamteindruck über die Vorgänge in Ost-Berlin und in der Zone verstärkt die Auffassung, dass es sich um von östlicher Seite inszenierte Aktionen*



UNITED PRESS (L.); DPA (R.)

Sowjetische Truppen in Berlin, deutsches Opfer: *Wagemutige versuchen, die Panzer mit Holzbalken zu stoppen*

mit dem Ziel handelt, die Wiedervereinigung im großdeutschen Rahmen ins Rollen zu bringen.

Ähnlichen Unsinn verbreiten auch der französische Geheimdienst und die CIA.

Um 11.45 Uhr berichtet Semjonow den deutschen Genossen, Moskau habe ein Machtwort gesprochen: Der „Ausnahmestand“ werde verhängt. „Jetzt ist der Spuk sehr schnell vorbei.“

Viele Politbüro-Mitglieder haben während der Nazi-Zeit großen persönlichen Mut gezeigt. Feigheit kann also nicht das Motiv dafür gewesen sein, dass niemand von ihnen in diesem Augenblick aufbegehrt. Ist es die linke Variante deutschen Obrigkeitssdenkens, oder fürchten sie einfach nur um ihre Ledersessel und Dienstwagen, auf die sie so lange haben warten müssen?

Als in Ungarn 1956 die Menschen gegen das Regime aufstehen, solidarisieren sich Teile der KP-Führung mit den Aufständischen. Auch während des Prager Frühlings 1968 haben die Russen tschechoslowakische Spitzengenosse gegen sich.

Die Führung der SED hingegen versagt kläglich. Nicht ein einziges Mitglied des obersten Zirkels verlangt, auf einen Waffeneinsatz zu verzichten. Keiner tritt gar aus Protest zurück. Es ist der Tiefpunkt des deutschen Kommunismus.

In der Ferne können die Politbürokraten schon bald das Röhren der Panzer vernahmen, die in die Berliner Innenstadt rollen. Semjonows Adlatus Basanow erinnert sich an zwei Vorgaben aus Moskau: „Erstens im Falle massenhafter Ausschreitungen das Feuer zu eröffnen. Zweitens die Bildung von Standgerichten und die Erschießung von Rädelführern.“

Die Panzer fahren mit offenen Luken durch die Stadt; ein Geschosshagel aus faulem Gemüse und Steinen geht auf sie nieder. Um kurz vor 12 Uhr erreichen 20 T-34 sowie ein Dutzend Panzerspähwagen das Haus der Ministerien. Drinnen bewaffnen

sich gerade Bergbauminister Selbmann und seine Mitarbeiter mit Tischbeinen, denn einige der Demonstranten haben schon den Materialversorgungstrakt erobert.

Der Kommandeur der Kolonne kann Selbmann beruhigen. Er werde nun die Straßen räumen – und das macht der Mann auch. Zuerst feuern die Sowjetsoldaten mit ihren Maschinengewehren nur in die Luft. Dann halten sie auch in die Menge.

Schreiend werfen sich die Menschen auf den Boden, flüchten in die umliegenden Straßen und vor allem über den im Zweiten Weltkrieg zerbombten Potsdamer Platz, der an der Demarkationslinie liegt, in den Westen.

In Mitte und anderen Stadtteilen rollen die Panzer langsam über den Asphalt und zwingen die Aufständischen auf die Gehsteige. Volkspolizisten und Sowjetarmisten greifen sich, wen sie erwischen können.

Viele der Demonstranten werden jetzt erst rabiat – es ist die Wut der Enttäu-

„Vergiss das nie: Die DDR kann ohne uns, ohne die Sowjetunion, ihre Macht und Stärke, nicht existieren.“

schung. Sie stecken das weitgehend leer stehende Columbus-Haus am Potsdamer Platz in Brand oder demolieren das Walter-Ulbricht-Stadion.

In der Leipziger Straße versuchen Wagemutige, die Panzer mit Holzbalken zu stoppen, die sie in die Ketten schieben. Einige springen sogar auf die Ungetüme und wollen Steine in die offenen Luken werfen.

In Berlin schießen nun auch die Vopos, etwa vor dem Polizeipräsidium am Alexanderplatz oder auf der Warschauer Straße, wie der damalige Ost-Berliner Streikführer Siegfried Berger berichtet (im Internet nachzulesen unter www.17juni53.de): *Eine größere Zahl von Volkspolizisten kam uns mit ihren Gewehren im Anschlag entgegen. Wir in der ersten Reihe hakten uns gegenseitig ein. Als die Polizisten uns ihre Gewehrläufe auf die Brust drückten und riefen: „Zurück, oder wir*

schießen!“, kam der Zug langsam zum Halten. Ich erklärte den Vopos, dass wir Arbeiter aus Köpenick wären, aber sie sagten, wenn wir nicht zurückgingen, hätten sie Befehl zu schießen. Langsam bewegte sich die Masse hinter uns zurück. Als die Entfernung etwa gut 50 Meter betrug, schossen sie doch.

Berger wird festgenommen und zu sieben Jahren Arbeitslager verurteilt. Er muss im Gulag in Workuta schuften.

Im Westen ist später von Massakern und einem Blutbad die Rede. Inzwischen sind sich die Analytiker weitgehend einig, dass die Sowjetarmee für ihre Verhältnisse moderat vorgeht. Die meisten Opfer werden von Querschlägern getötet.

Und die Deutschen machen es Moskaus Männern auch nicht allzu schwer. Um 14.18 Uhr meldet ein Volkspolizist: „Starker Fußgängerverkehr von Richtung Alex nach Lichtenberg“ – es sind Demonstranten, die nach Hause gehen.

Zwar streiken noch Tage später über hunderttausend Ostdeutsche in vielen DDR-Betrieben. Zehntausende protestieren in Halle oder Magdeburg sogar auf der Straße. Aber die Machtfrage ist beantwortet.

Selbst in den Dörfern stehen die T-34-Kolosse, nachts zieht die Stasi um die Häuser und verhaftet Streikführer. Die stille Hoffnung, Moskau würde die SED fallen lassen, hat sich zerschlagen.

Die DDR ist endgültig etabliert.

Doch eines wissen nun alle, und niemand hat es so klar ausgesprochen wie Kreml-Chef Leonid Breschnew 1970 gegenüber Ulbrichts späterem Nachfolger Erich Honecker: „Erich, ich sage dir offen, vergiss das nie: Die DDR kann ohne uns, ohne die Sowjetunion, ihre Macht und Stärke, nicht existieren. Ohne uns gibt es keine DDR.“

Als 1989 die Ostdeutschen erneut auf die Straße gehen und Michail Gorbatschow den Sowjetmilitärs das Eingreifen untersagt, bricht das SED-Regime sofort zusammen. **KLAUS WIEGREFE; UWE KLUSSMANN**